INTERVIEW

STARKE SPD-FRAUEN IN EUROPA FÜR DEMOKRATIE UND GLEICHSTELLUNG

Maria: Liebe Katarina, die Legislaturperiode des Europäischen Parlaments neigt sich dem Ende zu. Damit bist du in deinem 5. Jahr im Europäischen Parlament. Was hast du, bevor du nach Brüssel gekommen bist, mit der EU und Gleichstellung verbunden?

Katarina: Aus bundespolitischer Sicht war die EU für mich ein Garant für Grund-, aber auch für Frauenrechte. Ein Ort der Debatte, der gemeinsam Werte und Rechte vorantreibt und Impulse für die Mitgliedstaaten gibt, Frauenrechte und Gleichstellung weiterzuentwickeln.

Maria: Wir beide wissen, dass auch Deutschland in diesem Bereich viele Impulse durch die EU erhalten hat.

Katarina: Viele Gesetze oder Vorhaben, die wir in Deutschland in diesem Bereich umsetzen, wurden durch andere Mitgliedstaaten und die Diskussion auf EU-Ebene inspiriert und angeschoben. Ich denke zum Beispiel an die in dieser Legislaturperiode verabschiedete Richtlinie zu Frauen in Aufsichtsräten, die die Kommission bereits im Jahr 2012 vorgeschlagen hat. Das haben wir 2015 bei uns mit der Quotenregelung aufgegriffen.

Maria: Deutschland ist zwar schon auf einem guten Weg in Bezug auf Gleichstellung. In Brüssel wird aber schnell deutlich, dass andere Länder in der EU besser dastehen und fortschrittlicher sind. Das zeigt der Gleichstellungsindex von EIGE, dem europäischen Institut für Gleichstellung, jedes Jahr erneut.

Katarina: Wenn man sich mit dem direkten Vergleich befasst, dann weiß man, dass wir uns noch Dinge abgucken können. Spanien ist zum Beispiel Champion in der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt.

Maria: Und damit auch besonders wichtig, wenn es darum geht, die Rechte von Frauen auf der europäischen Ebene weiter voran zu bringen.

Katarina: Ja, ganz klar. Am Ende sehen wir hier eine einfache Gleichung: Progressive Regierungen stehen für Frauenrechte und Gleichstellung. Und auf der anderen Seite stehen Länder, die von Menschen wie Orban und Meloni regiert werden. Dort sehen wir Rückschritte: Die konservativen Rechten gehen mit Anti-Feminismus Hand in Hand und haben keine Skrupel davor, die Uhr zurückzudrehen. Das sehen wir beispielsweise in Schweden und Italien. Frauen sind immer Leidtragende dieser Politik.

Maria: Eine Tendenz, die nun hoffentlich in Polen umgekehrt wird. Ich bin froh zu sehen, dass sich die neue progressive Regierung nicht nur dafür einsetzt, den Rechtsstaat wieder in Kraft zu setzen, sondern auch direkt die Verschärfungen in Sachen Abtreibung zurückzunehmen. Letzten Endes ist dies den dortigen Frauen zu verdanken, die die konservative und rechtsgerichtete Regierung endlich abgewählt haben. Welche Rolle spielen in deinen Augen denn sozialdemokratische Politikerinnen und Politiker in Europe, wenn es um Frauenrechte geht?

Katarina: Ohne uns, und ohne eine Mehrheit aus fortschrittlichen Kräften, wäre in dieser Legislaturperiode vieles nicht möglich gewesen. Wir hätten weder den europäischen Mindestlohn, der gerade für Frauen besonders wichtig ist, noch die Gehältertransparenz-Richtlinie oder die Ratifizierung der Istanbul Konvention beschließen können. Und unsere Forderung nach einer Richtlinie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt wäre mit Sicherheit niemals aufgegriffen worden. Denn auch Gewaltbekämpfung interessiert die Politiker:innen im rechten Spektrum nicht, wenn sie sie nicht instrumentalisieren können.

Maria: Das könnte nach der Europawahl noch schlimmer werden?

Katarina: Ja. Genau deswegen müssen Frauen unbedingt in diesem Jahr zu den Wahlen zum Europäischen Parlament gehen. Wir müssen gemeinsam einen Rechtsruck verhindern. Denn der würde Fortschritte im Bereich der Gleichstellung für die nächsten fünf Jahre unmöglich machen.

Maria: Was wollen wir als Sozialdemokrat:innen in den nächsten fünf Jahren erreichen?

Katarina: Wir wollen eine Charta der Frauenrechte in der EU. Wir müssen mit dieser Charta Rechte und Mindeststandards als unsere Werte und Grundrechte begreifen und diese festschreiben, damit wir in Zukunft auch eine Handhabe haben, um gegen Mitgliedstaaten vorzugehen, die diese auf einmal nicht mehr einhalten wollen. Liebe Frauen, wir müssen Frauenrechte endlich als absolut unveräußerliche Grundrechte begreifen. Frauen und ihre Rechte dürfen kein Spielball erzkonservativer Regierungen sein. Dafür stehen wir, dafür stehen wir als SPD und als S&D. Und dafür werden wir uns auch in der nächsten Legislaturperiode einsetzen, ganz egal wie stark der Gegenwind werden wird.

ZUR PERSON

Maria Noichl
Mitglied im Europäischen Parlament seit 2014, Sprecherin für Gleichstellung der S&D Fraktion, Vorsitzende der SPD FRAUEN in Doppelspitze.

Katarina Barley
Mitglied im Europäischen Parlament seit 2019, Vizepräsidentin im EU-Parlament und SPD-Spitzenkandidatin zur Europawahl 2024

OMAS GEGEN RECHTS

EIN BOLLWERK GEGEN RECHTS

Sorgenvoll registrieren wir die aufgeheizte Stimmung im Land und sind mit Blick auf die anstehenden Wahlen angesichts des gesellschaftlichen Klimas in Deutschland sehr beunruhigt. Seit 2017 erheben die OMAS GEGEN RECHTS ihre Stimme gegen den wachsenden Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus. Dieser Zusammenschluss der Frauen entstand, als während der Flüchtlingskrise rechtsextreme Kräfte mit Hass und Hetze versuchten, die Gesellschaft zu spalten, indem sie vor allem Angst schürten vor den Hilfesuchenden, welche zu uns kamen und auch jetzt wieder versuchen darauf Einfluss zu nehmen, dass Europa zu einer Festung wird. Die Frauen setzen sich dafür ein, dass unser Asylrecht nicht ausgehebelt wird und insbesondere Artikel 1 des Grundgesetzes gewahrt wird. Wenn die Rechtsextremen auf die Straße gehen, halten sie dagegen, in ganz Deutschland sind die Omaschilder bei den Gegendemonstrationen zu sehen. „Wir engagieren uns gegen die rechtspopulistischen Kräfte, gegen Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund, gegen jegliche Stigmatisierung und gegen alle Formen von Hass, Hetze und Gewalt!“, so Anna Ohnweiler, die Gründerin der OMAS GEGEN RECHTS in Deutschland. Die „Omas“ stehen für demokratische Werte, für die Vielfalt aller Kulturen, Religionen und Nationalitäten, für Toleranz und ein respektvolles Miteinander. Jede Frau bringt sich dort ein, wo sie weiß, dass es ihr am meisten liegt und sie viel bewirken kann, ein Enkelkind ist dabei keine Grundvoraussetzung, so Anna Ohnweiler, „unsere Ziele und Grundsätze sind unser gemeinsamer Nenner“. **www.omasgegenrechts.de**

FRAUEN IM OSTEN

ES KOMMT AUF DICH AN. JETZT.

Während viele Frauen in Ostdeutschland, trotz Einbußen an Gleichberechtigung und an emanzipatorischen Selbstverständlichkeiten nach der Wiedervereinigung, zu ihrem Selbstbewusstsein zurückgefunden haben, wenden sich männliche Mitbürger gerne an eine vermeintliche Alternative. Eine frauenfeindliche und antifeministische ‚Männerpartei‘ macht sich breit und tiefbraune Abgründe tun sich auf. Leider macht das tägliche Leben in einer bunten, freiheitlichen und weltoffen Gesellschaft auch Frauen nicht immun gegen den neuen Hass. Ein Hass gegen fortschrittliche Frauen, gegen Jüdinnen und Juden und alles Bunte in der Welt – online und analog. Angesichts der Bedrohung unserer Demokratie und der Umsturzpläne von Nazis müssen wir aufrecht gegen alle stehen, die von einer Welt ohne Gleichstellung und Demokratie träumen. Jetzt ist die Zeit der politischen Auseinandersetzung mit den Frust-Wähler:innen und jenen, die sich in eine Retraditionalisierung flüchten. Errungenschaften der Frauenbewegung haben unsere Gesellschaft demokratischer gemacht. Gleichberechtigung in Zweifel zu ziehen ist demokratiegefährdend. Die Abwertung von Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder Lebensstils lassen wir nicht zu. Unsere sozialdemokratischen Antworten sind herrschaftskritisch und intersektional. Die SPD ist die größte Partei. Keine andere Partei als die SPD hat so viele Frauen als Mitglieder und das Format, die Feinde von Menschlichkeit, Demokratie und Rechtsstaat in die Schranken zu weisen. Gerade wir Frauen aus dem Osten rufen alle Frauen in Deutschland auf: „Gemeinsam für das Miteinander – gemeinsam **gegen** alle Antidemokraten – gemeinsam **gegen** Hass!“

OSTDEUTSCHE REALITÄTEN

Nach 1989 haben ca. 80 % der Ostdeutschen ihre Arbeit verloren. 1994 waren doppelt so viele Frauen wie Männer arbeitslos. In den darauffolgenden Jahren verließen insbesondere gut ausgebildete und junge Frauen den Osten. Es gibt Gegenden, in denen heute ein Viertel mehr Männer leben als Frauen. Aktuell liegt die Quote der erwerbstätigen Frauen im Osten mit 74 Prozent (Männer 78,5 %) über der im Westen, wo 71,5 % der Frauen erwerbstätig sind (Männer 79,4 %). Viele Frauen im Osten sind armutsgefährdet trotz Arbeit. Hier bringt der Mindestlohn der SPD deutliche Verbesserungen, die jedoch noch lange nicht ausreichen. Andererseits sind ostdeutsche Frauen inzwischen an den Spitzen von Wirtschaft, Politik und Justiz sogar erfolgreicher als Westfrauen. Sie sind aber auch die Hassobjekte der neuen Rechten; werden diskreditiert, verlacht, beleidigt, bedroht und angegriffen.

ANNIKA BARLACH
Kandidatin Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024, Platz 27 – Bremen

„Ich stehe für mehr soziale und demokratische Teilhabe, um gemeinsam unsere Zukunft zu gestalten. Ich kandidiere für eine moderne EU.“

LAURA FRICK
Kandidatin Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024, Platz 19 – Hamburg

„Ich kandidiere, weil ich unser Europa nicht den Orbáns, Melonis und Weidels dieser Welt überlassen möchte.“

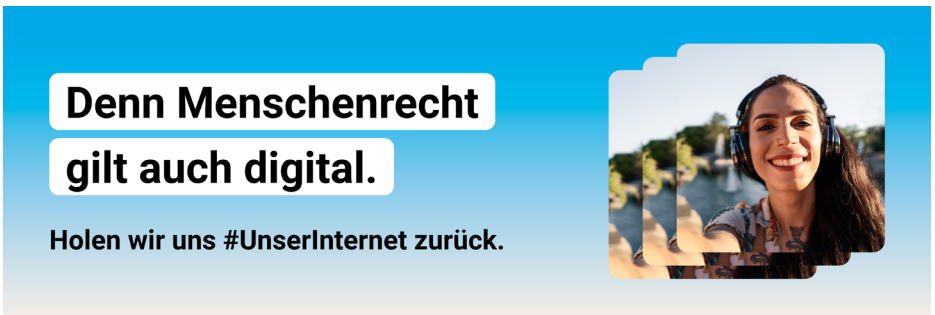
LAURA STELLBRINK
Landtagskandidatin (Sachsen) am 1. September 2024, Platz 9 – Bautzen

„Warum ich für den Sächsischen Landtag kandidiere? Weil es nicht gerecht ist, dass Frauen für den gleichen Job weniger verdienen und nicht die gleichen Karrierechancen haben. Lasst uns das gemeinsam ändern!“

HATEAID GEGEN FRAUENHASS IM NETZ

Ulrike Häfner, Bundesvorsitzende der SPD FRAUEN: „Wir sagen DANKE!“

HateAid stärkt die Demokratie im digitalen Raum, denn digitale Gewalt kann alle treffen. Aber sie trifft nicht alle gleich. Sie trifft besonders Menschen, die auch in anderen Bereichen des Alltags Diskriminierung erleben. Und umso mehr, sobald sie im Netz Position beziehen – für ihre Anliegen oder die Bedürfnisse und Standpunkte anderer. **HateAid** tritt an, um unsere Rechte zu wahren, denn Meinungsfreiheit ist Menschenrecht und Frauenrecht. **HateAid** festigen dabei immer und zuallererst demokratische Grundwerte und berät und unterstützt bei digitaler Gewalt unmittelbar. **HateAid** sensibilisiert Politik und Gesellschaft für Missstände und bietet konkrete Lösungen für ein besseres Miteinander an. Wir **SPD FRAUEN** bedanken uns ganz herzlich für diese wichtige Arbeit für ein Netz, in dem die Meinungsfreiheit gewahrt und Teilhabe ermöglicht wird.



KONTAKT UND HILFE

HateAid gGmbH
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
+49 (0) 30 252 088 02
kontakt@hateaid.org
www.hateaid.org

MALEN NACH ZAHLEN

Credit: @sunday__art_
Instagram-Fotos und -Videos

MARIE-SCHLEI-VEREIN

Der Marie-Schlei-Verein e.V. ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die 1984 in Erinnerung an die frühere Entwicklungsministerin Marie Schlei gegründet wurde. Der Verein baut partnerschaftliche Beziehungen zu Frauengruppen und Frauenorganisationen in den Ländern des Globalen Südens auf und unterstützt dort Selbsthilfeprojekte zum Women’s Economic Empowerment von Frauen für Frauen in Einklang mit SDG5 der UN-Nachhaltigkeitsagenda. Gefördert werden vor allem Ausbildungsprogramme, die den Frauen eine berufliche Perspektive eröffnen und sie unterstützen. Seit nun 40 Jahren sind wir gemeinsam aktiv, um eigene Wege aus der Armut zu finden und die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben mit zu gestalten. Wir tun das, auf Grundlage von direkter und konkreter finanzieller Unterstützung: Die Frauen stellen eigenständige Förderanträge für ein Jahr, die dann bei Bewilligung, auch in sehr direkter Art, umgesetzt werden. Finanziert wird dies seit 40 Jahren hauptsächlich durch Spenden und Erbschaften, sowie ehrenamtliches Engagement der Mitglieder des Vereins. Gleichzeitig informiert der Marie-Schlei-Verein in Deutschland über die Rolle der Frau in Afrika, Asien und Lateinamerika. **www.marie-schlei-verein.de**

Das Spendenkonto des Vereins:
Marie-Schlei-Verein
Sparda Bank Hamburg
IBAN: DE92 2069 0500 0000 6020 35
BIC: GENODEF1S11

JANINE MERZ
Landtagsabgeordnete in Thüringen
„Ich stehe für sozialdemokratische Politik auf allen Ebenen, die die Gleichberechtigung von Frauen klar im Fokus hat. Wir streiten dafür, egal ob Kinderbetreuung in der Kommune, Bildungsgerechtigkeit, gleiche Chancen und Löhne im Job oder mehr Frauen in den Parlamenten.“

ELSKE HILDEBRANDT
Landtagsabgeordnete in Brandenburg
„Gute frühkindliche Bildung darf nicht von der Finanzstärke der Eltern oder Kommunen abhängen. Ich stehe für Rahmenbedingungen, die Teilhabe und Chancengleichheit ermöglichen.“

IN UNSERER MITTE IST NOCH PLATZ FÜR DICH.
Platz für Dein Engagement, Deine Ideen und Dein rotes Herz.

WIR SIND VIELE

MEHR FRAUEN IN DIE PARLAMENTE! UND ZWAR GLEICH, AB JETZT, SUBITO!

„Wir sind viele!“, sagen wir in der SPD. Wir s i n d viele, wir sind auch viele tolle Frauen, aber wir sind dennoch zuwenige in den Parlamenten. Auf allen vier Ebenen, lokal im Gemeinde- oder Stadtrat, Bürgermeisterinnen oder Landrätinnen, dann in den Landtagen, im Deutschen Bundestag sogar und auch in Europa – überall brauchen wir dringend MEHR FRAUEN IN DIE PARLAMENTE! Um das zu befördern, haben wir SPD Frauen auf dem Bundesparteitag einen sehr beachtlichen Antrag „Die Zeit für Parität ist jetzt“ gestellt und gegen Widerstände auch durchgesetzt!

Was tun, um Frauenleben sichtbar und hörbar zu machen und mehr Abgeordnete zu bekommen? Am besten, es stehen bei uns und überhaupt auf den fortschrittlichen Listen genügend Frauen zur Wahl. Das kann man mit einem Reißverschluss (Listenaufstellung mit abwechselnd Frauen und Männern) erreichen, aber sieh da, er hakt! Immer wieder liegt das am gewaltigen männlichen Unwillen, weibliche Kandidaturen zu unterstützen. Oder es gibt den Weg, vom Grundgesetz – 2024 wird es 75 Jahre alt – Gebrauch zu machen, und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern endlich durchzusetzen. Auf juristischem Weg versuchen das mehrere Landesfrauenräte, der Deutsche Frauenrat und Verbände, insbesondere die Kasseler Rechtsprofessorin Prof. Dr. Silke Laskowski, seit vielen Jahren schon. Es werden Gesetzentwürfe und Gegengesetzentwürfe in die Landtage eingebracht und abgelehnt oder auch mal angenommen, es werden Wahlen angefochten, es wird vor den Verfassungsgerichten der Länder und dem BVerfG geklagt. Aber leider werden eher Paritégesetze von männlich-konservativen Landtagen wieder abgeschafft, als dass sich das Denken durchsetzte, dass die vielen Frauen in Deutschland auch paritätisch in den Parlamenten vertreten sein sollten.

Die Frauenanteile in den Parlamenten sinken sogar noch! Je mehr konservative „bürgerliche“ Parteien und solche wie die AfD, Stimmen gewinnen, je mehr verlieren Frauen! MEHR FRAUEN IN DIE PARLAMENTE bedeutet dagegen mehr Gerechtigkeit, mehr Humanität und mehr Solidarität, für Menschen in Deutschland und Europa, ja in der ganzen Welt. Deshalb: Mehr Frauen auf aussichtsreiche Plätze, sie unterstützen, das ist in dieser Zeit dringender denn je!

MIT DIR KÄMPFEN WIR:

- Für ein selbstbestimmtes Leben überall
- Für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern
- Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Für ein Leben frei von Gewalt
- Für ein gerechtes Steuersystem
- Für die Aufwertung von Sorgearbeit
- Für die Rechte von Frauen, die Mehrfachdiskriminierung erleben
- Für eine geschlechtersensible Sprache
- Für Parität in politischen Gremien und den Führungspositionen von Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Kultur
- Für das Recht auf straffreie, sichere und zugängliche Schwangerschaftsabbrüche
- Gegen Altersarmut von Frauen
- Gegen Frauenfeindlichkeit, Antifeminismus und gegen Rechts

WAHLEN 2024

STOPPT DEN RECHTSRUCK, GEHT WÄHLEN!

Nicht nur unsere Frauenrechte und Bestrebungen zur Gleichstellung der Geschlechter sind von rechts bedroht, sondern auch unsere Demokratie und unser Rechtsstaat als Ganzes.

Dieses Jahr wird zeigen, wie sehr Deutschland und wie sehr Europa nach rechts rücken. Dabei müssen wir nur nach Ungarn, Schweden oder Italien schauen, um zu wissen, was uns als Frauen oder LGBTIQ+ Menschen dann blüht.

Wir haben aber die Macht, eine solche Entwicklung aufzuhalten: Mit unserer Stimme! Die Frauen in den USA und in Polen haben es vorgemacht. Wenn wir zur Wahl gehen, unsere Stimme und unser demokratisches Recht nutzen, können wir progressive Regierungen wählen, die unsere Rechte schützen und voran treiben. Nutzen wir unsere Macht!

Im Jahr 2024 werden in Deutschland zahlreiche Wahlen abgehalten:

Wahlen zum Europäischen Parlament

16. MAI UND 9. JUNI
Kommunalwahlen in neun Bundesländern
erst Thüringen, dann Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt

26. MAI
Kommunalwahlen in Thüringen

1. UND 22. SEPTEMBER
Landtagswahlen
in Thüringen, Sachsen und Brandenburg

GEHT HIN, WÄHLT UND SORGT DAFÜR, DASS NICHT ANDERE ENTSCHEIDEN, WELCHE RICHTUNG WIR EINSCHLAGEN.

V.i.S.d.P.: SPD FRAUEN, Wilhelmstraße 144, 10963 Berlin